

B15neu: Drei Varianten ins Raumordnungsverfahren

Favorit ist momentan die Alternative 1b mit vierstreifigem Ausbau der B299 bis Geisenhausen

Der Bau einer Ost-Süd-Umfahrung Landshuts ist wieder ein Stück näher gerückt: Drei Streckenvarianten werden in ein Raumordnungsverfahren eingebracht. Noch in diesem Jahr soll das Staatliche Bauamt Landshut den entsprechenden Antrag bei der Regierung von Niederbayern stellen. Das ist das Ergebnis des vierten Dialogforums, das gestern in der Regierung von Niederbayern stattfand.

Alle drei Trassenvarianten beginnen am Autobahnkreuz A 92/B15 neu in Ohu, offiziell „Fernstraßenknoten“ genannt, umgehen Landshut in weitem Bogen im Osten und werden an die B299 und die B15 alt angebunden. Beim vorangegangenen Dialogforum im Mai war man über eingekommen, dass diese drei Varianten vertieft hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Umwelt, Verkehr und Raumstruktur untersucht werden sollen. Dies geschah laut Mitteilung in den vergangenen Monaten. So wurde die Tier- und Pflanzenwelt vor Ort durch geschulte Biologen erhoben. Ferner wurden die verkehrlichen Folgewirkungen, die Auswirkungen auf die Siedlungs- und Erholungsflächen, das Landschaftsbild sowie der Flächenverbrauch untersucht.

Oberbürgermeister Hans Rampf (CSU) wies eingangs auf die Verkehrsprobleme der Region hin: „Stadt und Landkreis können diese Probleme nur gemeinsam lösen; und wir werden sie auch lösen, davon bin ich überzeugt“, sagte er. Die Lasten der Umfahrung müssten so

gerecht wie möglich aufgeteilt werden. Wo es unvermeidliche Härten gebe, müssten geeignete technische Lösungen her. An dieser Stelle hakte Landrat Peter Dreier (FW) ein: „Die B15neu sollte im Ortsbereich Ohu mit einem Deckel versehen werden.“ Er könne nicht nachvollziehen, warum 80 Millionen Euro für eine Tieflage der B15 neu ausgegeben werden und „die paar Millionen, die für einen Deckel notwendig wären“, nicht aufgebracht werden könnten. Karl Wiebel, Chef der Bayerischen Straßenbauverwaltung, betonte, dass mit einer vorrangigen Einstufung der Umfahrung Landshuts in den Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen zu rechnen ist. Der entsprechende Gesetzesbeschluss des Bundestages werde derzeit beraten.

Baudirektor Manfred Dreier vom Staatlichen Bauamt Landshut erläuterte die weiteren Schritte zur Realisierung. Angesichts der geringen Unterschiede zwischen den drei Varianten empfahl er, alle drei in einem Raumordnungsverfahren im Hinblick auf ihre Raumverträglichkeit überprüfen zu lassen. Dieses Verfahren umfasse unter anderem eine Anhörung der betroffenen Gemeinden. Es werde mit einer sogenannten landesplanerischen Beurteilung durch die Regierung von Niederbayern abgeschlossen. Diese beinhaltet, ob und gegebenenfalls unter welchen Auflagen die Varianten raumverträglich sind. Solche Auflagen werde es wohl für die Querung der Isarhangleite und die Querung des Isartaltes geben. Das

hätten Vorgespräche mit den Fachstellen gezeigt. Das Bauamt habe daher als Alternative zu dem bislang vorgesehenen Straßendamm zum Aufstieg aus dem Isartal eine weitgespannte Talbrücke vorgeschlagen. Damit könne der Talraum besser offengehalten werden und das FFH-Gebiet an der Hangleite am besten geschont werden.

Umweltverträglichkeit: Alle Varianten nahe beieinander

Im Anschluss nahm Verkehrsgutachter Prof. Dr. Harald Kurzak Stellung zu den wichtigsten Knotenpunkten und zu den Auswirkungen der Umfahrung auf das nachgeordnete Straßennetz. Er hat dazu die Verkehrsbelastungen auf allen nachgeordneten Straßen prognostiziert, und zwar auch für alle Zwischenzustände, die sich bei abschrittweiser Realisierung der Ost-Süd-Umfahrung ergeben. Im Ergebnis konnte der Experte Entwarnung geben: Der Ausbau und die Netzergänzungen seien so geplant, dass es im nachgeordneten Straßennetz weitgehend nur zu geringen Verkehrszunahmen komme, zum Teil würden sogar Entlastungen erreicht. Lediglich die B299 zwischen Geisenhausen und Vilsbiburg solle zusätzlich ertüchtigt werden. Denkbar wären hier Überholstreifen und ein höhenfreier Ausbau des Knotens am westlichen Ortseingang von Vilsbiburg.

Anschließend fasste Landschaftsarchitekt Andreas Pöllinger vom Ingenieurbüro Dr. Schober aus Frei-

sing die vorläufigen Ergebnisse einer umfangreichen Umweltverträglichkeitsstudie zusammen. Dabei traten erhebliche Unterschiede bei einzelnen Kriterien zutage. „Beim Gesamtergebnis liegen die drei Varianten aber relativ nahe beieinander“, so Pöllinger. Er empfahl, die Variante 1b bevorzugt weiterzuvorführen, da sie bei den untersuchten Schutzgütern der Umweltbelange die geringsten Beeinträchtigungen mit sich bringe und zugleich bei der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am besten abschneide.

Die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden forderten, ihre Interessen bei der Trassenwahl zu berücksichtigen. Besonders eine Durchschneidung von Gemeinde- und Siedlungsgebieten sei in jedem Fall zu vermeiden. Als besonders problematisch wurde von Bürgermeisterin Katharina Rottenwallner die mögliche Durchschneidung der Ortsteile von Altfraunhofen durch die Variante 1b gesehen. Für den Bund Naturschutz und die Initiative „Stopp B15neu“ bringt keine der Varianten die nötige Entlastungswirkung für die Stadt Landshut.

Die meisten Teilnehmer des Dialogforums sahen dagegen die Variante 1b mit vierstreifigem Ausbau der B299 bis Geisenhausen und einer weiteren Ertüchtigung bis Vilsbiburg als tragfähige Lösung an, da dadurch der Verkehr effektiv an Landshut vorbeigeführt und zugleich ein Ausbau der B 299 in Angriff genommen werden könne.

Landrat Dreier betonte abschließend, dass jede der Varianten natür-

lich Betroffenheiten bei einzelnen Gemeinden auslöse, aber man dennoch im Interesse der gesamten Region eine tragfähige und möglichst schonende Lösung finden müsse. Dabei werde man sich zunächst dafür einsetzen, die Lärmbelastung in Ohu durch eine Einhausung so gering wie möglich halten. „Wir müssen nun Nägel mit Köpfen machen, damit die möglicherweise betroffenen Menschen wissen, wie sie dran sind und wieder planen können.“ Er sah besondere Vorteile in der Variante 1b. Durch die teilweise Trassenbündelung mit der bestehenden B299 würden die Eingriffe und Zerschneidungen minimiert. „Die Region erhält mit dieser Lösung zusätzlich einen vierstreifigen Ausbau der B 299 zwischen Geisenhausen und Landshut, den wir sonst nie bekommen würden“, so Dreier. Pendler und Wirtschaft würden davon profitieren. Die Wirtschaftsstandorte Vilsbiburg und Geisenhausen würden aufgewertet. An die Gemeinden Geisenhausen und Altfraunhofen appellierte er, sich im Raumordnungsverfahren einzubringen, um Lösungen zu finden.

Im Dialogforum zeichnete sich ab, dass alle drei Varianten in ein Raumordnungsverfahren einfließen sollen. Die Verfahrensunterlagen werden nach Einleitung des Verfahrens auf der Homepage www.oulandshut.de bereitgestellt. Die nächste Sitzung des Dialogforums findet 2017 statt, sobald das Verfahren abgeschlossen ist. Dann will man sich auf eine Variante festlegen. -red/jv-